

Ein internationales Instrument der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Prävention, Vorbereitung und Reaktion auf Pandemien der Zukunft

Die globale Covid-19 Pandemie hat anhaltende gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Folgen sowohl in Ländern des Globalen Südens als auch des Globalen Nordens. Die Pandemie hat viele gesellschaftliche Bereiche massiv getroffen und insbesondere auch über Jahrzehnte intensiv erarbeitete Fortschritte der internationalen Zusammenarbeit verlangsamt, angehalten oder zurückgedreht. Die Armutsspirale in Ländern des Globalen Südens wurde neu angefacht. Eine koordinierte globale Prävention und Vorbereitung auf zukünftige Pandemien muss daher Priorität haben.

Deutschland ist eines der wirtschaftsstärksten Länder der Welt. Damit geht eine internationale Verantwortung einher, ärmere Länder sowohl mit technischer Expertise als auch finanziell adäquat zu unterstützen. Wir haben uns als Weltgemeinschaft zu den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen bekannt. Damit bekennen und verpflichten wir uns, das Wohlergehen aller Menschen bis 2030 zu sichern. Das steigende Risiko für globale Krisen motiviert uns zu gesteigerter Solidarität – vor, während und nach einer Pandemie.

Eine globale Pandemieübereinkunft sollte aus Sicht der AG Globale Gesundheit der SPD Bundestagsfraktion folgende Punkte umfassen:

- Die **Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll in ihrer übergeordnet koordinierenden Rolle politisch und finanziell gestärkt werden**. Sie soll mit ihrer Erfahrung und Expertise im Zentrum jeglicher Bemühungen um bestmögliche menschliche Gesundheit stehen. Wir lehnen eine weitere Fragmentierung der *Global Health* Landschaft ab und befürworten eine enge Verzahnung relevanter Akteure, Plattformen und Fonds unter dem koordinierenden Dach der WHO.
- Wir verfolgen eine **feministische internationale Politik**. Damit verschreiben wir uns einer gleichberechtigten Teilhabe und Repräsentation aller Geschlechter sowie einem besonderen Augenmerk und Schutz der Bedürfnisse vulnerabler und marginalisierter Bevölkerungsgruppen weltweit. Die Prävention und Reaktion hinsichtlich künftiger Pandemien muss grundlegend die Bedürfnisse dieser Gruppen, der konkret betroffenen *Communities* und insbesondere auch die Bedürfnisse benachteiligter Länder in den Vordergrund stellen.
- Die Werte **Gerechtigkeit und Solidarität** sowie das **Menschenrecht auf Gesundheit** sollten Rückgrat eines globalen Pandemievertrages sein. Das bedeutet auch, dass der Auf- und Ausbau sozialer Grundsicherungssysteme, die Stärkung von Gesundheitssystemen sowie die Stärkung und der Schutz von Gesundheitspersonal weltweit noch intensiver verfolgt werden muss.
- Die Klimakrise, Eingriffe in Ökosysteme und der globale Biodiversitätsverlust sind Ursachen für die größten Gesundheitskrisen unserer Zeit und Triebfeder künftiger Pandemien. **Pandemieprävention muss daher der Kernaspekt eines globalen Pandemievertrags sein. Der Schlüssel zur Vermeidung künftiger Pandemien ist der One-Health-Ansatz**. Dieser sollte daher als Leitprinzip einer jeglichen Pandemie-Übereinkunft nach Definition des One Health High Level Expert Panel (OHHLEPP) gelten und umgesetzt werden.
- Eine globale Pandemieübereinkunft sollte dazu anregen politische Maßnahmen und Entscheidungen entlang des Ansatzes von **Health in all Policies** grundlegend danach auszurichten, die bestmöglichen Gesundheitsergebnisse für Mensch, Tier und Umwelt zu bewirken.
- Eine starke kollaborative **Surveillance** sowie ein offener und **kollaborativer Austausch** von Daten, Informationen, Erkenntnissen, biologischem Material und Genomsequenzen – bei fairem Zugang und Vorteilsausgleich sowie ohne Gefahr von Diskriminierung und Stigmatisierung ist elementar.

- Jede dringend benötigte Intervention zur Prävention oder Reaktion in einer Pandemie muss wahrhaftig ein **globales öffentliches Gut** sein, das in allen Weltregionen und Kontinenten produziert werden kann und überall, wo es auf der Welt gebraucht wird, in ausreichender Mengen dann verfügbar ist, wenn es gebraucht wird, zu Preisen, die alle bezahlen können. **Global Public Investment** ist ein sinnvolles Konzept zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter.
- Der **Auf- und Ausbau unabhängiger eigener Forschungs- und Produktionskapazitäten** sollte im Globalen Süden insbesondere auch in personeller und regulatorischer Hinsicht gestärkt werden.
- Regierungen und Produzenten sollten sich dazu verpflichten, im Pandemiefall **adäquate Anteile von Produktionsmengen** medizinischer Güter wie Impfstoffe, Diagnostika, Medikamente und medizinische Schutzausrüstung unverzüglich **an die WHO zu geben**, damit diese schnellstmöglich eine faire globale Verteilung vor allem für Entwicklungsländer und nach einer Priorisierung vulnerabler- oder prädestinierter Gruppen (wie Gesundheitspersonal) bewerkstelligen kann.
- Eine Pandemieübereinkunft sollte anstoßen, dass **transparente, robuste, agile, und diversifizierte globale Lieferketten und Logistiknetzwerke** aufgebaut werden, die sicherstellen, dass es zu keiner Verknappung bei jeglichen Rohmaterialien, Grund- und Startmaterialien, Wirkstoffen und sonstigen Gütern und Geräten kommt, die für die Herstellung, den Transport oder die Verabreichung eines medizinischen Gutes während einer Pandemie wichtig sind.
- Es ist wichtig, dass ein **Technologietransfer sowie der Transfer von notwendigem Know-How, Daten und Informationen in Länder des Globalen Südens** sowohl zur Vorbeugung, zur Vorbereitung und zur Reaktion auf zukünftige Pandemien stattfindet. Multilaterale Transferplattformen wie der WHO mRNA Hub oder der WHO Covid Technology Access Pool C-TAP sollten dazu funktional gestärkt, bzw. ausgerichtet oder aufgesetzt werden.
- Die **Erforschung und Entwicklung zu Pandemien sollte gestärkt werden** – insbesondere die Entwicklung sogenannter **Plattformtechnologien** für Impfstoffe, Diagnostika und Therapeutika, die schnell und zielgerichtet auf Erreger von Pandemien angepasst werden können. Gleichzeitig dürfen dafür keine Forschungsmittel aus dem Bereich der vernachlässigten und armutsassoziierten Krankheiten abgezogen werden.-
- Wir unterstützen den Vorschlag internationaler Fachexpert:innen **Konditionalitäten - sog. Access Conditions – an die Vergabe öffentlicher Forschungsgelder zu knüpfen** damit in einer globalen Notsituation im Zweifelsfall sichergestellt werden kann, dass (1) Technologie- und Know-How-Transfer stattfindet, (2) notwendige Produktionslizenzen bereitgestellt werden und (3) faire Preise gesetzt werden.
- In einem globalen Pandemie-Übereinkommen sollten alle Inhabenden relevanter geistiger Eigentumsrechte zur Verhinderung von und Reaktion auf Pandemien ermutigt werden, **freiwillig Lizenzen an Dritte Produzenten** gerade auch über ein Instrument wie den Medicines Patent Pool (MPP) zu geben – aber auch **freiwillig den Transfer von Technologie und Know-How** über WHO geführte Plattformen zu leisten.
- Die zähen über zwei Jahre währenden Verhandlungen bei der Welthandelsorganisation (WTO) über eine zeitlich und geographisch begrenzte **Aussetzung bestimmter geistiger Eigentumsrechte** dürfen keine Blaupause für zukünftige Pandemien sein. Ist eine Aussetzung erforderlich, muss das schnell festgestellt und beschieden werden – die Gesundheit und der Schutz von Menschenleben muss zweifelsohne im Vordergrund stehen.
- So wie es in den nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 bestätigt wird, sollte auch eine Pandemieübereinkunft die Nutzung der im WTO TRIPS-Abkommen verankerten sog. **TRIPS Flexibilitäten** zum Schutz der öffentlichen Gesundheit bekräftigen.
- Die **Preissetzung** bei Diagnostika, Arzneimitteln und medizinischer Schutzausrüstung in einer Pandemie sollte **transparent sein und widerspiegeln, dass öffentliche Gelder in die Forschung**

und Entwicklung geflossen sind. Ebenso sollten **öffentlich finanzierte Kauf- und Lieferverträge weitestgehend transparent** sein. Grundsätzlich sollte **Transparenz darüber hergestellt werden, welchen Anteil die öffentliche Hand an der Entwicklung eines Medizinprodukts hat.**

- Der **Wiederaufbau nach pandemischen Ereignissen** sollte gemeinschaftlich angegangen und finanziert werden. Das Ziel der Vereinten Nationen 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) als sog. *Official Development Assistance (ODA)* bereitzustellen sowie die Empfehlung der WHO 0,1 Prozent des BNE für Globale Gesundheit zu investieren, soll zwar orientierend, darf aber keinesfalls limitierend wirken.